Anfrage öffentlich	Datum 30.04.2020	Nummer F0094/20

Absender
Stadträtin Jenny Schulz und Stadträtin Nadja Lösch
Fraktion DIE LINKE

Adressat

Oberbürgermeister
Herrn Dr. Lutz Trümper

Gremium	Sitzungstermin
Stadtrat	14.05.2020

Kurztitel

Häusliche Gewalt in der Krise

Durch die Quarantänemaßnahmen im Zuge der Coronakrise steigt die Gefahr von häuslicher Gewalt an Frauen und Kindern. Zahlen aus China zeigen dies auch leider sehr genau (https://www.tagesspiegel.de/politik/zunahme-von-haeuslicher-gewalt-viele-betroffene-trauen-sich-aktuell-nicht-mal-vor-die-tuer/25696934.html). Durch Social Distancing und Homeoffice ist es für die Betroffenen besonders schwierig Hilfe zu suchen. Der Deutsche Frauenrat hält es daher für unabdinglich, die Arbeit von Beratungsstellen und Frauenhäusern in und vor allem nach der Krise, bedarfsgerecht auszubauen und dauerhaft sicherzustellen (www.frauenrat.de/frauen-in-der-corona-krise/).

Wir fragen die Verwaltung in diesem Zusammenhang:

1. Ist der Bedarf an Beratungs- und Hilfeleistungen für Frauen und Kinder aufgrund von Gewalt im Zuge der Quarantänemaßnahmen in Magdeburg gestiegen?
   Gab es einen Anstieg an telefonischen, persönlichen und schriftlichen Kontakten? (bitte möglichst quantifizieren)
   Wie stellt sich die Situation aus Sicht der verschiedenen Träger und Einrichtungen dar? (Bitte möglichst detailliert darstellen für Frauenhaus, Wildwasser e.V., Rückenwind e.V., pro familia, Familieninformationsbüro, Gleichstellungsbeauftragte, Caritas, Telefonseelsorge, ProMann, Suchtberatungsstellen etc.)

2. Erachtet die Stadt die gegebenen Angebote als ausreichend für die aktuelle Situation? Bedarf es weiterführender Angebote und Instrumente und wie setzt die Stadt diese um?

3. Wie werden die Erreichbarkeit der Anlaufstellen für Frauen und Kinder in Notsituationen, eine kontinuierliche Betreuung sowie ausreichende räumliche und personelle Kapazitäten während der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie gesichert?

4. Wie viele Kinder sind anspruchsberechtigt für die Notbetreuung in Gemeinschaftseinrichtungen zur Sicherstellung des Kindeswohls im Rahmen der 3. bzw. 4. Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in Sachsen-Anhalt § 12 Absatz 2.2 bzw. § 14 Absatz (2) 2 und wie viele wurden/werden tatsächlich betreut? (Bitte möglichst eine wöchentliche Übersicht geben.)

5. Wie viele Familien werden aktuell durch die ambulanten Familienhilfen betreut? Wie hat sich die Anzahl seit Jahresbeginn verändert? Wie viele Familien davon haben Kinder unter 12 Jahren? Und wie viele davon haben Kinder unter 3 Jahren?

6. Gibt es einen erhöhten bzw. qualitativ veränderten Unterstützungsbedarf für Kinder psychisch kranker Eltern und wenn ja, wie stellt sich dieser konkret dar?

Da vor allem von einem steigenden Bedarf ausgegangen wird, sobald Maßnahmen gelockert bzw. fallen gelassen werden:

7. Sind strategische Ansätze in Vorbereitung, um bei Lockerung der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie den zu erwartenden Anstieg an Bedarfen für Beratungs- und/oder Hilfeleistungen begleiten zu können?

8. Mit welchen zusätzlichen Konzepten und Maßnahmen werden Frauen und Kinder mit Gewalterfahrungen unterstützt?

9. Welche zusätzlichen Kapazitäten (räumliche und personelle) plant die Landeshauptstadt für Opfer von häuslicher Gewalt?

10. In wie weit wird dabei auf die Expertise freier Träger zurückgegriffen und wie werden diese in die Planungen mit einbezogen?

Jenny Schulz
Fraktionsvorsitzende

Nadja Lösch
Familien- und gleichstellungspolit. Sprecherin